

Stigma Verfassungsfeind

Innenministerium stuft Naziopfer als Linksextremisten ein

Dachau – Der Zeitzeuge hat Hochkonjunktur, vielleicht auch deshalb, weil er, wie einer ironisch anmerkte, einer aussterbenden Spezies angehört. 50 lange Jahre hat es gedauert, bis ein bayerischer Ministerpräsident 1995 eine Gedenkfeier an der KZ-Gedenkstätte Dachau besuchte. Heute umarmt die Politik geradezu die Überlebenden des Naziterrors. Empfänge im Landtag, Bundesverdienstkreuze, gemeinsame Auftritte – einer, der das alles gut kennt, ist der Münchner Ernst Grube. Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) posiert gerne mit dem 78-Jährigen für Fotos. Eintrüchtigt sitzt der CSU-Landtagsabgeordnete Karl Freller, Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, mit Grube beim Fernsehgottesdienst in der Evangelischen Versöhnungskirche zusammen. Nur Parteifreund Joachim Herrmann (CSU), Bayerns Innenminister, hat ein Problem mit dem Zeitzeugen.

Denn der Verfassungsschutzbericht 2010 nennt Grube, Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), namentlich. Kontakte soll er zu Linksextremen und der DKP haben. Grube, der im Kuratorium der Stiftung sitzt, erzählte davon Freller: „Der war entsetzt.“ Grube sei „absolut integer“, sagte Freller der SZ. Der Vorgang könnte die ganze schöne Erinnerungspolitik in Bayern in ein falsches Licht rücken. Politiker wie Freller betonen, wie wichtig das Zeugnis Überlebender für Demokratie und Freiheit ist. Der 78-jährige Grube, der von den Nazis als Kind einer jüdischen Mutter nach Theresienstadt verschleppt wurde, spricht als Zeitzeuge in Schulen, leitet zusammen mit Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK, den Förderverein für Internationale Jugendbegegnung und sitzt im politischen Beirat des Münchner NS-Dokumentationszentrums sowie im Kuratorium der Versöhnungskirche. Dieser Mann soll also ein Verfassungsfeind sein?

Die Attacke auf Grube empfinden KZ-Überlebende als Diffamierung. Max Mannheimer, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau, stellt sich vor seinen Stellvertreter: „Schluss mit der Diskriminierung der VVN“, fordert er. Genau darum geht es. Seit Jahren beobachten die Verfassungsschützer das Antifaschistische Dokumentationsarchiv Aida und die VVN mit ihren rund 700 Mitgliedern. Als Ergebnis ist ihnen die Gemeinnützigkeit gestrichen worden. Das Stigma Verfassungsfeind hat noch andere Folgen: „Wir können keine neuen Mitglieder mehr werben, die Menschen

haben Angst“, sagt Grube.

Erste VVN-Gruppen wurden bereits 1946 gegründet. „Wir politischen Gefangenen – die Vorhut der deutschen Demokratie“, formulierten KZ-Überlebende und verpflichteten sich zur Gewaltfreiheit. Mitglieder wie Grube kämpften gegen Altnazis, die wieder zu Amt und Würden gekommen waren. Staatliche Versuche, die unerwünschten Zeitzeugen zum Schweigen zu bringen, endete in mancher Peinlichkeit. Beim Verbotsprozess vor dem Bundesverwaltungsgericht erschallte 1962 aus dem Zuschauerraum etwa der Ruf: „Herr Präsident, sie waren ein großer Nazi!“ Das Verfahren wurde stillschweigend abgesetzt. In Bayern sucht man noch heute fleißig Belastendes gegen die VVN – findet aber nichts.

Grube ist schon viel Schreckliches widerfahren, die Nennung im Verfassungsschutzbericht tut ihm trotzdem weh: „Ich erlebe im weiteren Sinn eine Form der Ausgrenzung.“ Grube war zwölf Jahre alt, als er die Shoa überlebte, zehn von 15 Familienangehörigen waren ermordet. Seine Heimatstadt hat ihm 2002 die Medaille „München leuchtet“ verliehen. Der Passus über Grube im Verfassungsschutzbericht sei „nicht mit der Zeit gegangen“, sagt Stiftungsdirektor Freller. Er hat Innenminister Herrmann inzwischen darauf angesprochen, eine Entscheidung steht noch aus.

Helmut Zeller



Naziopfer Ernst Grube steht im Verfassungsschutzbericht. Foto: joe

Süddeutsche 3. Juni 2011